Allgemeine Zeitung
Mittwoch, 9. März 2022

Putins Geschichtsfälschung

Wie in Russlands Krieg gegen die Ukraine Geschichte zur Waffe wird: Ein Gespräch mit dem Mainzer Osteuropa-Historiker Gregor Feindt

Von Johanna Dupré

Die Wiedergabe dieses Artikels erfolgt mit ausdrücklicher Genehmigung der VRM GmbH & Co. KG

MAINZ. „Im Krieg ist die Wahrheit das erste Opfer“, lautet ein Zitat, das oft dem US-Senator Hiram Johnson (1866-1945) zugeschrieben wird. Bei Russlands Krieg gegen die Ukraine trifft das, neben einer Unmenge an gezielt gestreuter Desinformation über den Kriegsverlauf, nicht zuletzt auf die geschichtliche Wahrheit zu: Die Rede, die Putin unmittelbar vor dem Beginn der russischen Invasion gehalten hat, ist nahezu ein Musterbeispiel für Geschichtsrevisionismus; für die Verfälschung und anschließende politische Instrumentalisierung von Geschichte, die zur Begründung des Angriffskriegs herhalten muss und so zu einer weiteren Waffe in Putins Arsenal wird.

Geschichtsverdrehung findet in Russland seit Langem statt

Für Gregor Feindt, Osteuropa-Historiker am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG) in Mainz, kommt das Ausmaß dieser Geschichtsverdrehung nicht unerwartet. „Putin tritt seit Jahren immer wieder als Historiker auf und verbreitet Desinformation zur sowjetischen Geschichte und zur Geschichte der Nachbarländer“, sagt Feindt, der sich zusammen mit dem gesamten IEG in einem öffentlichen Statement klar gegen den Ukraine-Krieg positioniert hat. Aus Solidarität mit den ukrainischen Forscherinnen und Forschern, die in der Vergangenheit durch ein Gastwissenschaftler-Programm in Mainz waren, „und um deren Leben wir jetzt fürchten müssen.“ Aber nicht zuletzt auch wegen Putins Geschichtsverzerrung, die schon lange vor der infamen Rede begonnen hat. Mit seinen wiederholten Einlassungen zur Historie verbreite Putin „eine großrussische Geschichtserzählung“, sagt Feindt. „Und es ist der Versuch, eine staatliche Wahrheit durchzudrücken: eine explizite Fassung von Geschichte als die einzig wahre zu etablieren“ – die dann nicht infrage gestellt werden darf.

Gregor Feindt, Osteuropa-Historiker am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte.
Foto: Angelika Stehle

Wer es dennoch wagt, läuft in Russland seit 2021 Gefahr, im Rahmen eines schon damals von vielen Historikern stark kritisierten Gesetzes gegen Geschichtsfälschung belangt zu werden. Es ist das klassische autoritäre Drehbuch: dem politischen Gegner das vorzuwerfen, was man selbst tut. Vor wenigen Tagen erst wurde so etwa die russische Menschenrechtsorganisation Memorial verboten – ein Vorgang, der in den Kriegswirren so gut wie unter ging. „Memorial hat die Geschichte des Stalinismus und des Gulag in der Sowjetunion gegen Widerstände aufgearbeitet und ist die wichtigste Geschichtsinitiative aus der russischen Zivilgesellschaft“, erklärt Feindt – in einem Gerichtsverfahren wurde der Organisation nun vorgeworfen, sie seien ausländische Agenten und verbreiteten Lügen über die UdSSR. Der Grund hinter dem Verbot von Memorial dürfte die Tatsache sein, dass eine Aufarbeitung der Verbrechen des Stalinismus nicht in Putins Heldenerzählung passt. In Russland findet seit Längerem „eine Nationalisierung und Militarisierung der Erinnerungskultur“ statt, erklärt Feindt. „Es wird eine Geschichte von Helden erzählt, aber keine von Opfern. Es wird eine Geschichte von Russen erzählt, aber eben von niemand anderem. Und es wird eine eindeutige Geschichte erzählt, die keine Diskussion und keine Fragezeichen kennt und im Wesentlichen auf der Heldenerzählung des Zweiten Weltkriegs beziehungsweise ‚Großen Vaterländischen Krieges‘ aufbaut.“

> *Putin schreibt der Ukraine den Zerfall der Sowjetunion zu und sieht sie dafür verantwortlich.*
>
> Gregor Feindt

All das erscheint im Rückblick als Vorstufe der geschichtsrevisionistischen Rede, mit der Putin nun den Angriffskrieg gegen die Ukraine begründet. So werde aus der Rede Feindt zufolge unter anderem klar: „Putin schreibt der Ukraine den Zerfall der Sowjetunion zu und sieht sie dafür verantwortlich“. Auch deshalb spricht er ihr quasi das Existenzrecht ab, in dem er die Ukraine, im Wortlaut, als „voll und ganz und ohne jede Einschränkung von Russland geschaffen, genauer vom bolschewikischen und kommunistischen Russland“ bezeichnet. Lenin habe die ukrainische Sowjetrepublik dieser falschen Darstellung zufolge 1919 quasi „aus einer Laune heraus“ gegründet, so Feindt – was geflissentlich unterschlägt, dass es schon 1917 eine ukrainische Volksrepublik und bereits im 19. Jahrhundert eine ukrainische Nationalbewegung gab, von anderen historischen Vorläufern ganz zu schweigen.

Die Stoßrichtung des Ganzen ist klar: Putin will die Ukraine damit zu einem „Staat ohne Begründung degradieren“, sagt Feindt, einem Staat, der mit, so Putin wörtlich, „Gutsherrengeste“ von außen gegründet wurde: „Das heißt, die ukrainische Bevölkerung, die ukrainische Nation hat in dieser Erzählung keinerlei Handlungsmacht“. Die perverse Schlussfolgerung dieses von Putin verbreiteten Narrativs: „Die Ukraine ist ein Teil Russlands, die Gründung der Ukraine ein Akt der Willkür, ein Verbrechen gegen Russland – und die Folge dessen ist genauso klar: Putin korrigiert einfach nur einen Fehler der Geschichte“, analysiert Feindt. Gleichzeitig ist es dem 37-Jährigen wichtig, darauf hinzuweisen, dass eine solche Analyse von Putins Rede mit historischem Handwerkszeug Aufschluss über dessen Strategie und Gedankenwelt geben kann – die darin verbreiteten Geschichtslügen aber nicht erst von Historikern widerlegt werden müssen, um die Staatlichkeit der Ukraine zu verteidigen. Denn: „Dass die Ukraine seit 30 Jahren ein souveräner, unabhängiger Staat ist, dessen Grenzen nicht verletzt werden dürfen, ist eine Sache des Völkerrechts. Dafür braucht man keine Historikerinnen und Historiker.“

Starke Verbindung in den Westen

Was man aus historischer Perspektive jedoch klar konstatieren kann: Die Ukraine hatte schon immer auch starke kulturelle Verbindungen in den Westen, auch wenn Putin sie nun als rein russisch geprägt darstellen will. So entstand, erzählt Feindt, in der frühen Neuzeit in Kiew etwa „die erste Akademie, eine orthodoxe Schule, in der auf Polnisch und Latein gelehrt wurde, und eben nicht auf Kirchenslawisch“. Etliche Städte in der Ukraine wurden zudem nach dem sogenannten Magdeburger Recht gegründet. Darunter Kiew, wo dieses Recht noch bis 1834 galt, „als die Stadt schon lange zum Russischen Reich gehörte“ – was zeigt, dass eine kulturelle Orientierung der Ukraine auch nach Westen hin eben nichts Neues ist.

Auch, wenn Putin sich auf eine angeblich zu schützende russische Minderheit in der Ukraine beruft, müsse man in mehrfacher Hinsicht vorsichtig sein. „Eine russische Minderheit in dem Sinne gibt es in der Ukraine nicht“, sagt Feindt – anders als etwa in den baltischen Ländern, wo ethnische Russen in der Sowjetzeit gezielt angesiedelt wurden und der Umgang mit jenen, die nach 1991 zunächst als „Nichtbürger“ galten, nach wie vor ein offenes Problem darstellt. Im Fall der Ukraine müsse man jedoch „weg von der Vorstellung, dass Russisch-Sprecher Russen und nur Ukrainisch-Sprecher Ukrainer sind“, sagt Feindt – schließlich sei nicht zuletzt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj russischer Muttersprachler. „Das Land ist faktisch zweisprachig“, so Feindt. Und viele Menschen im Donbass hätten in den letzten Jahren von Russland gezielt russische Pässe bekommen, um so erst eine Minderheit zu schaffen – und einen Vorwand zur Invasion.